

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 10 (1918)
Heft: 12

Artikel: Diktatur?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350881>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ging. Sehr interessant ist nach dieser Richtung ein Geständnis, das dem «Bund» entschlüpft ist. Er schrieb, es gebe während der Streiktage drei Sorten von Strassenpublikum: 1. das neugierige Bürgerkind beiderlei Geschlechts, das sich überall vordränge, aber auch sofort Reissaus nehme; 2. die Jungburschen, die stets zum Pfeifen und Anrempeln der Leute bereit seien; die dritte Sorte, das seien aber die Gefährlichsten. Sie stehen im Hintergrund zu zweien und dreien schweigend und unangreifbar.

Soviel ist sicher, dieser mit durchaus legalen Mitteln durchgeführte Streik hat einen gewaltigen und bleibenden Eindruck hinterlassen. Wenn nun ein Teil der bürgerlichen Presse, nachdem sie sich vom ersten Schrecken erholt hat, tobt wie besessen und für die Streikleiter das Zuchthaus, wenn nicht den Galgen verlangt, so ist nur soviel zu sagen, dass dieses Rezept vollständig versagen wird. In einem Moment, da allüberall die geknechteten Völker die Fesseln sprengen, mit der Polizeifaust zu regieren, das ist ein böses Unterfangen. Das Arbeitervolk der Schweiz verlangt heute Anerkennung, Mitspracherecht, Erfüllung seiner wirtschaftlichen Forderungen. Es will mitarbeiten, und es hat diesen Willen bei vielen Gelegenheiten bewiesen. Dagegen sei gesagt, die Zeit der schönen Phrasen ist vorbei, wir wollen Taten sehen.

Hätte der Bundesrat mit der Fixigkeit, wie er eine ausserordentliche Untersuchungskommission zur Feststellung der Verantwortlichkeiten für den Landesstreik bestellt hat, eine Kommission zur Vorbereitung der Einführung des gesetzlichen Achtstudententages bestellt, er würde dem Land einen grösseren Dienst leisten und hätte Aussicht, sich das Vertrauen der Arbeiter, an dem ihm anscheinend so viel liegt, schliesslich doch noch zu erwerben. Der Bundesrat wird sich dieses Vertrauen der Arbeiter nicht erwerben, weil er nicht über seinen eigenen Schatten schreiten kann.



Diktatur?

Nicht nur in den Kreisen der Sozialdemokratie, sondern bis weit hinein in die Kreise des Bürgertums spricht man heute von der Sozialisierung der Gesellschaft als dem kommenden Zustand. Der Krieg hat in seinen Folgen so umwälzend gewirkt, dass von der Konservierung der bestehenden Gesellschaftsordnung keine Rede mehr sein kann.

Um so mehr ist jedoch der Kampf entbrannt über den Weg, der zur Verwirklichung des Sozialismus eingeschlagen werden soll. Die Sozialdemokratie stand bisher auf dem Boden der Erringung der politischen Macht auf legalen Wege, die Gewerkschaften führten den Kleinkampf gegenüber dem Kapitalismus, sie klärten die Massen auf und rangen dem Unternehmertum Stück um Stück seiner Position ab.

In den letzten Monaten ging indessen die Entwicklung mit Siebenmeilenstiefeln. Was früher das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe war, verwirklichte sich in Tagen. Was Wunder, wenn mancher aus dem Kurs kam und die Welt nicht mehr verstand! Inmitten dieser chaotischen Zeitumstände steigerte sich der proletarische Massenwille, angestachelt durch die allgemeine Not der arbeitenden Massen und durch die freche Genussucht einer Handvoll Schmarotzer. Die Frage der proletarischen Diktatur ist aus dem Bereiche der theoretischen Erörterungen zur praktischen Entscheidung herangereift. Die einen weisen aus Karl Marx nach, dass die geistige Eroberung des Volkes den Sieg der Revolution gewährleiste, die andern, dass dies nur durch die Diktatur möglich sei. Im Grunde genommen,

sind es keine prinzipiellen, sondern taktische Meinungsverschiedenheiten, die hier in Erscheinung treten, insofern ja beide Gruppen auf dem Boden des Sozialismus stehen und sich nur darüber streiten, auf welchem Weg er am schnellsten verwirklicht und am besten verankert werden kann.

Nach unserer Auffassung kann es sich nicht einfach darum handeln, sich schablonenhaft für diese oder jene Taktik zu entscheiden. Es kommt wesentlich auf die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes, in dem wir uns befinden, und auf die weltpolitische Lage an. Wir können wohl aus den Ereignissen an den Grenzen ringsum lernen, aber wir können sie nicht kopieren. Wo das Lohnproletariat in der grossen Mehrheit sich befindet und die geistige Entwicklung einen gewissen Reifegrad erreicht hat, ist die Diktatur nicht nur überflüssig, sondern direkt schädlich, weil sie die abseits stehenden Volksteile von der Mitarbeit fernhält und damit die richtige Organisation der Wirtschaft verhindert. Befindet sich aber das Proletariat in der Minderheit und greift es in dieser Lage zur Diktatur, so kann der Sieg nur ein vorübergehender sein, die reaktionären Mächte werden alle Massnahmen der neuen Ordnung sabotieren und dadurch die Gesamtwirtschaft lähmen. Nach kürzerer oder längerer Zeit wird jede solche Diktatur wieder hinweggefegt werden.

Für die Schweiz bedeutet die Anstrengung der proletarischen Diktatur nichts anderes als den Bürgerkrieg in Permanenz. Die Bevölkerung setzt sich zusammen aus rund 900,000 Arbeitern und Arbeiterinnen, 250,000 gewerblichen Unternehmern aller Art, über 200,000 selbständigen Bauern und einem Heer von Intellektuellen und freien Berufen Angehörigen. Das Proletariat wird man kaum restlos für die Sozialdemokratie beanspruchen dürfen. Von den Unternehmern ist ein Teil sicher dem Proletariat zuzuzählen, doch haben die Ereignisse der letzten Tage gezeigt, dass sie politisch und wirtschaftlich vorläufig nicht für uns zu haben sind. Das gleiche gilt für die Intellektuellen. Wie es mit den Bauern steht, darüber braucht es keine langen Auseinandersetzungen. Aber gerade die Bauern müssen wir haben, wenn wir die sozialistische Gesellschaft organisieren wollen, denn diese Organisation ist zum guten Teil eine Magenfrage, die ohne praktische Mithilfe der Bauern nicht gelöst werden kann. Nach uns zugekommenen Berichten ist es nicht einmal in Russland gelungen, die Bauern zu freiwilliger Hergabe der Lebensmittel zu veranlassen, um wieviel weniger wird das in der Schweiz der Fall sein.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist für die Schweiz auch die internationale Situation. Wenn vor hundert Jahren die Schweiz als politisches Experimentierland galt und Metternich hoffte, die Schweiz werde an ihrer Demokratie zugrunde gehen, so liegen die Verhältnisse heute, da es sich um wirtschaftliche Umwälzungen allergrössten Stils handelt, die Dinge wesentlich anders. Wohl liegen die Zentralmächte am Boden und es triumphiert dort die Revolution. Dagegen sind die Völker der Entente noch im Siegesrausch befangen und die Regierungen im Zenith ihrer Macht. Wie lange dieser Zustand anhalten wird, weiss heute kein Mensch. Es ist auch jede Prophezeiung müssig. Die Entente wird aber eine proletarische Diktatur in der Schweiz sowenig dulden als in Russland. Einen Vorgeschmack davon haben wir in der Tatsache des Abschubs der Sovietgesandtschaften aus der Schweiz, aus Deutschland und Holland. Die französischen Zeitungen erklären es heute auch unverblümt, mit einem bolschewistischen Deutschland werde nicht Friede geschlossen.

Wenn also aus taktischen Gründen, um den Sozialismus rasch verwirklichen und befestigen zu können, die Errichtung der proletarischen Diktatur angestrebt

wird, so erreichen wir damit nicht das, was wir alle ersehnen und erstreben, sondern ziemlich das Gegenteil, eine neue Zeit der Sklaverei.

Unser Bestreben muss es sein, die Massen aufzuklären, die Eroberung der politischen Macht mit legalen Mitteln durchzusetzen und den Kampf auf wirtschaftlichem Boden, also den Gewerkschaftskampf mit allen Kräften zu fördern. Der Aufmarsch der Arbeiter beim Landesstreik hat gezeigt, welch ungeheure Wucht und welch glänzende Solidarität in den Massen liegt.

Ueber die Diktatur als Prinzip wollen wir keine Worte verlieren. Wir, die wir seit Jahrhunderten unter der Diktatur der Besitzenden geseufzt haben, die wir seit Jahrzehnten nach einer proportionalen Vertretung aller Volkskreise in den Behörden rufen, werden alle Mittel daran setzen, unsere Ansprüche zu verwirklichen, dagegen lehnen wir jede Diktatur ab. Vom Verhalten unserer politischen und wirtschaftlichen Gegner wird es abhängen, ob der Kampf um die Neuorganisation der Gesellschaft schärfere oder weniger scharfe Formen annimmt.



Sozialreform und Demokratie.

Seit Wochen tobt in der bürgerlichen Presse der Kampf gegen den Bolschewismus, ohne dass auch nur der ernstliche Versuch gemacht worden wäre, bolschewistische Tendenzen in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung wirklich nachzuweisen. Für den geistig beschränkten Leserkreis der bürgerlichen Presse war dies allerdings auch nicht notwendig. Es genügt vollkommen, Einzelercheinungen gegen die Gesamtheit der Arbeiterschaft auszuschlachten, um sie mit ihren gesamten Bestrebungen ins Unrecht zu setzen. Wir haben in der Gewerkschaftspresse zu den strittigen Fragen bisher nur insoweit Stellung genommen, als es sich um die Förderung der Sozialpolitik und um die Verwirklichung einer den Interessen der Gesamtheit des Volkes und nicht nur einer Klasse dienenden Wirtschaftspolitik handelte.

Die letzten Jahre waren erfüllt von den Kämpfen um die Beschaffung und Sicherstellung einer ausreichenden Volksernährung. Was die Arbeiterorganisationen hier forderten, hat mit Bolschewismus rein nichts zu tun, bewegt sich vielmehr durchaus im Rahmen der bestehenden Ordnung. Die Einsetzung des sogenannten Oltener Aktionskomitees von den Instanzen der Arbeiterschaft bezweckte nichts anderes als eine Zusammenfassung der Kräfte zur zielbewussten Anbahnung von Reformen. Wir verweisen auf die Programme, die seit dem letzten Frühjahr veröffentlicht worden sind und die zum grössten Teil auch die moralische Anerkennung vieler bürgerlichen Kreise fanden. Der Mangel an Entgegenkommen der Behörden und die oft provozierenden Unterdrückungsmassnahmen gegenüber vermeintlichen revolutionären Umtrieben vergifteten aber die Situation immer mehr. Sie führten dazu, dass auch das Wenige nicht mehr gewürdigt wurde, was wirklich zur Linderung der Notlage geschah.

Nun der Landesstreik hinter uns liegt, erachten die reaktionären und scharfmacherischen Mächte ihre Zeit für gekommen, der so verhassten und mächtig gewordenen Arbeiterbewegung den Garaus zu machen. Ihr Schlachtruf, der bei allen Armen im Geist, bei allen Angstmeiern und selbstredend bei allen denen, die etwas zu verlieren haben, Anklang findet, ist: Nieder mit den Bolschewiki!

Hier ist es nun Sache der Arbeiterschaft und insbesondere des demnächst abzuhaltenden Arbeiterkongresses, durch ein klares Programm eine Plattform zu schaffen und allen Verleumdungen die Spitze abzu-

brechen. Wir haben, trotzdem uns der Umsturz in Russland mit Freude und Begeisterung erfüllte, nie ein Hehl daraus gemacht, dass russische Methoden keine schweizerischen sein können. Dagegen sei auch festgestellt, dass politische Freiheiten, gepaart mit wirtschaftlicher Knechtschaft, mindestens so zweifelhafte Errungenschaften sind wie die bolschewistische Diktatur.

Dass wir an die Klassendiktatur nicht denken, beweist übrigens schon unser Generalstreikprogramm. Die dort aufgestellten Forderungen sollen von einer Landesregierung, die dem Willen des Volkes entsprechend umzubilden ist, zur Verwirklichung gebracht werden.

Wir sind gegen die Diktatur des Besitzes, wie sie heute besteht und von den Besitzenden als ganz selbstverständlich betrachtet wird, wie gegen die Diktatur des Proletariats, die übrigens, wenn sie unter bestimmten politischen Verhältnissen eintreten würde, nur eine vorübergehende Erscheinung sein könnte.

Auch der Umsturz mit Waffengewalt kann nicht unsere Sache sein, es wäre denn, eine notorische Minderheit weigerte sich, auf die Ausübung der Regierungsgewalt zu verzichten. Unser Programm ist demokratisch und sozial.

Es ist lächerlich, behaupten zu wollen, der Landesstreik habe den Sturz der heutigen Ordnung bezweckt. Er war gedacht als gewaltiges, aber legales Pressionsmittel, weil alle andern Mittel ihren Zweck verfehlten. Zieht das Bürgertum daraus die richtige Lehre, so wird eine Entspannung eintreten, im andern Fall werden wir allen Massregelungen zum Trotz eine verschärfte Wiederholung erleben.

Im Gegensatz zu den frühern Aktionen, bei denen die Forderungen mehr wirtschaftlicher Natur und so beschaffen waren, dass sie ohne Volksbefragung gelöst werden können, ist das beim Landesstreikprogramm in der Hauptsache nicht der Fall gewesen.

Die Einführung des aktiven und passiven Frauenstimmrechtes, die Einführung der Arbeitspflicht, die Reorganisation der Armee und die Einführung von Staatsmonopolen sind nicht auf dem Dekretswege, sondern nur auf dem Wege der Verfassungsrevision zu verwirklichen. Für die kämpfende Arbeiterschaft ist es aber nicht gleichgültig, ob die Landesregierung diese Forderungen unterstützt oder sabotiert. Der Achtstundentag könnte ohne Verfassungsrevision durch Vereinbarungen zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen verwirklicht werden, wie es jetzt in Deutschland geschieht, wo der Verwirklichung gerade dieser Forderung bisher der grösste Widerstand entgegengesetzt worden ist. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Realisierung dieser Forderung, die bisher stets mit dem Hinweis auf die Auslandskonkurrenz bekämpft worden ist, nur mehr eine Frage kurzer Zeit sein kann, insbesondere, wenn die Arbeiterschaft auch weiterhin zeigt, dass sie mit aller Entschiedenheit darauf besteht.

Die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages oder deren verfassungsmässige Formulierung wird jedenfalls sehr stark von der Entwicklung der Verhältnisse beeinflusst.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das Programm der Arbeiterschaft zum Friedenskongress, in dem auf alle Fälle nach den weltpolitischen Ereignissen des verflossenen Jahres eine Korrektur in bezug auf die Arbeitszeit nicht zu umgehen ist. Heute ist der Achtstundentag nicht mehr ein Programm der fernen Zukunft, sondern der Gegenwart.

Bisher hat der Bundesrat es noch nicht über sich gebracht, sich zum gewerkschaftlichen Friedensprogramm, das kein Bolschewiki-, sondern ein Reformprogramm ist, klipp und klar zu äussern. Ebenso wissen